08. Dezember 2001

Doch keine großzügige Lösung für Bundeswehr-Strahlenopfer

Die Bundeswehr will einen Großteil der Radarstrahlen-(ihre Hinterbliebenen nun doch nicht entschädigen. So s vom Bund übernommenen Angehörigen der Nationalen der DDR leer ausgehen, ebenso Soldaten, die Hochfreq ausgesetzt waren. Hinterbliebene, deren Angehörige zu Hoden- oder Blutkrebs verstorben waren, sollen nichts weil sie laut Verteidigungsministerium keinen „vererbte Schadensersatzanspruch“ haben.

Mit solchen „hirnrissigen Begründungen“, klagt Dietma Bund zur Unterstützung Strahlengeschädigter, bleibe d versprochene Hilfe für die meisten Betroffenen aus. No hatte Minister Rudolf Scharping (SPD) „streitfreie und g Lösungen“ angekündigt. Bisher haben sich rund 2500 S Angehörige wegen angeblicher Strahlenschäden gemel Berliner Anwalt Reiner Geulen hat für den Januar erste gegen die Bundeswehr angekündigt. Gleichzeitig sollen die Hersteller der Geräte belangt werden.

DIESE WOCHE
GEWINNSPIEL
SPIEGEL ARCHIV
ABO-BESTELLUNG
JAHRGANGS-CD-ROM
TITELBILDGALERIE
SCHULE@SPIEGEL

suchen

SPIEGEL-Hefte älter als drei Jahre sind erhältlich bei SPODATS, E-Mail: Info@Spodats.de

>>

Das Sonderheft zur Serie. Jetzt im Handel oder hier im Shop.

DRUC
ARTIKEL V
LESERBRIEF S

© DER SPIEGEL 50/2001
Alle Rechte vorbehalten
Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet A

TOP

SPIEGEL ONLINE

[Home | Politik | Wirtschaft | Netzwelt | Panorama | Kultur | Wissenschaft | UniSPIEGEL | Sport | Auto | Reis
[Schlagzeilen | Leserbriefe | Forum | Newsletter "Der Tag" | Archiv | Shop | Impressum | Hilfe | Kontakt]
[DER SPIEGEL | SPIEGEL TV | SPIEGEL Almanach | kulturSPIEGEL]
[manager magazin | SPIEGEL-Gruppe | Mediadaten | SCHULE@SPIEGEL]